

---

FDP Wetterau

## **FDP GRATULIERT JOCHEN RUTHS ZUR WAHL ZUM NEUEN HDE-VIZEPRÄSIDENTEN**

23.11.2022

---

Die FDP Wetterau hat mit großer Freude ihrem Parteifreund Jochen Ruths gratuliert. „Wir sind stolz darauf, dass unser Kollege im Kreistag, Stadtverordneter in Bad Nauheim und gewählter Spitzenkandidat der Wetterauer FDP für die Landtagswahl im Herbst 2023 jetzt mittelständische Politik gerade für Familienbetriebe auch auf Bundes- und EU-Ebene mitgestalten kann“, so der Fraktionsvorsitzende im Kreistag Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn und der FDP-Kreisvorsitzende Jens Jacobi.

Jochen Ruths wurde auf der HDE-Delegiertenversammlung mit überwältigender Mehrheit in das Präsidium des Handelsverbandes Deutschland gewählt und begleitet jetzt das verantwortliche Amt eines Vizepräsidenten. Jochen Ruths arbeitet als Präsident des Handelsverbandes Hessen seit über vier Jahren im Ehrenamt, wird seine Kraft zukünftig auch auf Bundes- und EU-Ebene einbringen. „Aber mein Schwerpunkt ist und bleibt Hessen, das gilt sowohl für die Verbandsarbeit wie auch für mein Engagement in der FDP,“ ergänzt Ruths.

Jochen Ruths ist Geschäftsführender Gesellschafter der Bekleidungshaus Peter Ruths oHG in Friedberg. „Wenn man seit über 20 Jahren ehrenamtliche Positionen im Handelsverband begleitet, weiß man einerseits, wie die Strukturen sind, also wie im wahrsten Sinne des Wortes der Laden läuft. Andererseits kennt man die Bedürfnisse, Probleme und Wünsche der Mitglieder sehr genau und kann zielsicher in die Zukunft arbeiten.“, so Ruths weiter. Seit der Kommunalwahl 2021 gehört er der Stadtverordnetenversammlung in Bad Nauheim und dem Kreistag Wetterau als FDP Mandatar an. In den Kreistag haben ihn die Bürger von Platz 40 auf Platz 6 hochgewählt.

Für Hahn und Jacobi zeigt das Engagement auch in der Politik, dass Jochen Ruths nicht auf der Tribüne sitzt, kritisiert und dann Noten verteilt. „Er krempelt die Ärmel hoch und

bringt sich ein. Das ist gut für unsere Region, das ist gut für die FDP! Ruths steht für die soziale Marktwirtschaft und damit gegen staatliche Gängelung und Bevormundung, für Eigenverantwortung und Ausbau der Infrastruktur, aber genauso für berufliche Ausbildung und Unterstützung sozial schwacher."